

DIE LINKE ist da!

Soziale Gerechtigkeit ist wieder ein gesellschaftliches Thema. Das zeigt sich sowohl an den aktuellen Debatten um einen gesetzlichen Mindestlohn, für dessen Einführung die SPD mittlerweile Unterschriften sammelt, als auch an den Aktivitäten der CDU für eine moderne Kinderbetreuung, wo man sich inzwischen kaum noch scheut, erfolgreiche DDR-Modelle zu kopieren. Die Profilsuche in der Großen Koalition macht eines deutlich: eine konsequente linke Politik zeigt Wirkung. Und gerade nach dem tollen Wahlerfolg DER LINKEN in Bremen kann man sagen: Berlin braucht noch mehr Druck von links, um Kriegslogik, die Einschränkung der Bürgerrechte und weiteren Sozialabbau erfolgreich zurückzudrängen. Unsere politischen Schwerpunkte sind daher folgerichtig klar auf soziale und demokratische Veränderungen in dieser Gesellschaft gerichtet, die umso stärker sind, umso stärker die neue linke Partei sein wird.

Auch in Leipzig bewegen wir uns ziemlich rasant gemeinsam mit der WASG auf dem Weg zur neuen LINKEN. Die Urabstimmung wurde in unseren beiden Stadt- bzw. Kreisverbänden erfreulicherweise mit einer überdurchschnittlichen Beteiligung durchgeführt, unser Stadtverband wurde nur noch vom Kreisverband Annaberg-Bucholz übertroffen. Bereits vor dem erfolgreichen Abschluss der Urabstimmung beschlossen die Vorstände beider Parteien auf ihrer gemeinsamen Sitzung am 8. Mai 2007 die Gründungsdokumente für den Stadtverband Leipzig der Partei DIE LINKE, der wie schon erwähnt auf dem Stadtparteitag am 15. September gebildet werden soll. Der Verabschiedung dieser Dokumente ging eine monatelange, sehr intensive, Tätigkeit von mehreren paritätisch besetzten Arbeitsgruppen voraus. Ich möchte daher die

Gelegenheit nutzen, allen beteiligten Genossinnen und Genossen unseres Stadtverbandes sowie selbstverständlich auch den mitwirkenden WASG-Mitgliedern für die engagierte Arbeit an dieser Stelle ganz herzlich zu danken. In den Wochen bis zum 15. September



sind auf der Stadtebene noch viele Aufgaben auf dem Weg zur Parteineubildung zu bewältigen.

So wichtig programmatische Fragen oder die Parteireform auch sind, der Parteineubildungsprozess muss natürlich auch und gerade mental bewältigt werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die viel beschworene „gleiche Augenhöhe“ zwischen Linkspartei und WASG. Das ist natürlich nicht immer leicht, weil auf beiden Seiten Verlustängste bestehen, die ein objektives Fundament haben. Wir, die wir in Leipzig fast 30 mal größer sind als die WASG mit ihren etwas mehr als 60 Mitgliedern, fürchten etwas zu verlieren, was man nach 16, 17 Jahren teilweise gegen härtesten Widerstand als eine der drei großen Parteien in unserer Stadt erkämpft und weiterentwickelt hat. In der WASG gibt es hingegen Be-

fürchtungen, das gerade erst Erreichte zu verlieren, angesichts der Größenverhältnisse unterzugehen und herausgebildete Identitäten aufgeben zu müssen. Wir alle müssen daher Abschied nehmen von Liebgewordenem und neu beginnen, für Kompromisse werben und Kompromisse schließen. Dabei haben wir uns immer wieder zu vergegenwärtigen, dass die Parteibildung nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch in Leipzig durchaus kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist.

Vor einigen Wochen stellte Dr. Dietmar Pellmann eine von ihm erarbeitete Sozialvergleichsstudie vor, die sich auf die drei sächsischen Großstädte Chemnitz, Dresden und Leipzig bezieht. Wenngleich die vorgelegte Studie weder Anspruch auf Vollständigkeit und schon gar nicht auf einen allumfassenden Städtevergleich erhebt, lassen sich doch folgende Ergebnisse benennen: Leipzig hatte schon frühzeitig eine wesentlich höhere Arbeitslosen- und Sozialhilfequote als die beiden anderen sächsischen Großstädte, die sich viel stärker aus sich selbst entwickelten. Zwar ist in allen drei Städten die Armutsquote stetig gewachsen und erhielt seit Hartz IV einen regelrechten Schub. Aber es gibt eben beträchtliche Unterschiede, die in dieser Studie ausgewiesen werden. Leipzig ist nach dieser Untersuchung die Stadt mit der kompliziertesten sozialen Situation und kann mit Fug und Recht als die sächsische Armutshauptstadt bezeichnet werden. Es ist auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, dass sich an diesem Ranking etwas ändert. Schlimmer noch: genau in dieser Situation setzt die Verwaltungsspitze im Rathaus seit genau einem Jahr auf die Teilprivatisierung der Stadtwerke. Von Beginn an machte uns an diesem Privati-

sierungsfundamentalismus die fehlende schlüssige Begründung der SWL-Teilprivatisierung stützig.

Es ist zu befürchten, dass der drohende Verkauf von wichtigen Bestandteilen des kommunalen Eigentums die sozialen Belastungen und Konflikte weiter verschärft. Unter dem Slogan „Wir behalten unsere Energie! Nein zum Ausverkauf der Leipziger Stadtwerke“ führen wir daher bekanntlich seit März eine Kampagne gegen die drohende Privatisierung der Stadtwerke durch. Stadtwerke sind unbestritten ein ganz wichtiger Teil des seit über einhundert Jahren gewachsenen Systems kommunaler Daseinsvorsorge.

Die am 15. November 2006 im Leipziger Stadtrat mit denkbar knapper Mehrheit gegen die Stimmen der Linksfraktion beschlossene Privatisierung von Teilen der Stadtwerke Leipzig (SWL) fügt sich in eine groß angelegte Umverteilung von kommunalem Eigentum in Deutschland ein, die den neoliberalen Glaubenssätzen von der angeblichen Alternativlosigkeit der Privatisierung zur Erzielung wirtschaftlicher Effizienz folgt. Obwohl der geplante SWL-Anteilsverkauf von 49,9 Prozent gleichbedeutend mit einem strategischen Einschnitt in der Geschichte der Leipziger Kommunalwirtschaft ist, spielt er in der Wahrnehmung von weiten Teilen der Leipziger Bevölkerung momentan noch eine zu geringe Rolle. Seit den ersten Privatisierungsplänen wenden sich neben der Linkspartei.PDS auch das Netzwerk Anti-Privatisierungs-Initiative Leipzig (APRIL) und attac gegen die konzeptionslose Verhöckerung der SWL. Sorgen wir alle gemeinsam dafür, dass es möglichst nicht soweit kommt: die Leipziger Linkspartei sagt weiterhin Nein zum

Ausverkauf der Stadtwerke Leipzig. Aus diesem Grunde prüfen wir derzeit auch alle unsere Möglichkeiten und Potenziale für die Durchführung eines entsprechenden Bürgerbegehrens resp. Bürgerentscheids. Bei aller Fokussierung der gegenwärtigen Debatte auf die Stadtwerke dürfen wir übrigens nicht übersehen, dass insbesondere CDU und FDP längst auch die LWB ins Visier genommen haben.

Von der LWB – Stichwort Klockzin-Attentat - fällt es nicht besonders schwer, zu einem Thema überzuleiten, das sicher jeden von Euch in den letzten Tagen sehr bewegt hat, nicht zuletzt, weil in den Medien die sogenannte Korruptionsaffäre mit Haupttatort Leipzig zweifellos in den vergangenen Wochen das landespolitische Thema Nummer eins war. Auch wenn wir noch am Beginn der Aufklärung stehen, ist es schon jetzt offenkundig, dass es in Sachsen und namentlich in Leipzig seit Jahren kriminelle Netzwerke gibt, in die Polizei, Richter, Staatsanwälte und Politiker verstrickt sind und dass elementare rechtsstaatliche Kontrollmechanismen versagt haben. Im Mittelpunkt unseres politischen Handelns steht naturgemäß die rückhaltlose Aufklärung dieses Skandals und die konsequente Ahndung aller strafrechtlich relevanten Taten durch die zuständigen Staatsanwaltschaften. Noch bleibt manches im Dunkeln; ich gehe aber davon aus, dass auch unsere Stadtratsfraktion in den nächsten Tagen und Wochen alle ihre Möglichkeiten nutzt, um Licht in dieses Dickicht zu lenken. Nicht zuletzt übrigens auch, weil die NPD bereits mit einem gewissen taktischen Geschick versucht, das Thema zu besetzen und für sich zu instrumentalisieren.

Zur NPD wäre an dieser Stelle im übrigen einiges mehr zu sagen, nicht zuletzt wegen ihres dieser Tage bekannt gewordenen Missbrauchs einer der bekanntesten und auch von uns oft genutzten Versammlungsstätten unserer Stadt. Es ist schon fast als zynisch zu charakterisieren, dass sich neuerdings Neonazis im „Haus Leipzig“, dem früheren Haus Antifa, versammeln. Die Nutzung einer kommunalen Immobilie zeigt im übrigen das immer unverfrorenere und zunehmend offensivere Agieren der Rechten auch in Leipzig.

Beschluss

der 6. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz der Linkspartei.PDS Leipzig

Im Zuge des Partieneubildungsprozesses erweitert sich der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS in der Zeit vom 16. Juni 2007 bis zum 15. September 2007 um mindestens fünf, höchstens sieben Mitglieder der WASG Leipzig, die an den Sitzungen des Stadtvorstandes mit beschließender Stimme teilnehmen.

Zunehmend formiert sich glücklicherweise aber auch zivilgesellschaftlicher Widerstand, wie derzeit beispielhaft in Plagwitz und Lindenau. Dem aktiven Kampf gegen Rechtsextremismus, so viel sei an dieser Stelle zumindest gesagt, muss künftig im noch stärkeren Maße unsere Aufmerksamkeit gelten – nicht nur mit Blick auf das Superwahljahr 2009, bei dem die Neonazis sicher auch versuchen werden, erstmals in den Leipziger Stadtrat einzuziehen. Die Formierung einer bundesweit starken Linken eröffnet die lang ersehnte Chance auf ein ernsthaftes und ernstzunehmendes Gegengewicht zur nahezu uneingeschränkten Hegemonie von Neoliberalismus und Antikommunismus. Wer sich wünscht, nach Jahren ungehinderten Lohndumpings, Sozialraubs und Privatisierungswahns das Jammertal der Niederlagen endlich zu verlassen, der muss auf ein Gelingen des neuen linken Projektes setzen. Ein Scheitern wäre ein nicht zu verantwortender Rückschlag, der die Linke in der Bundesrepublik über viele weitere Jahre in die Defensive verbannen würde. Wahrscheinlich hat es nie zuvor in der Geschichte der BRD eine Situation gegeben, in der politische Positionen der Linken in wesentlichen Fragen als einzige parlamentarische Kraft den Willen großer Teile der Bevölkerung repräsentieren. Wer keine Tornados in Afghanistan will und keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, der vertritt heute die Mehrheit der Bevölkerung. Wer Bush und Blair als Terroristen bezeichnet und den vorgeblichen „Kampf gegen den Terror“ als imperialistischen Öl- und Rohstoffkrieg, der spricht aus, was

Beschluss

der 6. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz der Linkspartei.PDS Leipzig

Der auf der 1. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz gewählte Stadtvorstand der Linkspartei.PDS Leipzig bleibt bis zum 1. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE am 15. September 2007 im Amt.

viele denken. Wer die Rente mit 67 und die Hartz-Gesetze als unerträgliches Sozialdumping geißelt und die herrschende Steuerpolitik als Mästung der Reichsten, findet weite Zustimmung. Dabei betrifft die Übereinstimmung von linker Position und Stimmungstrend nicht nur Fragen der Tagespolitik. Sie betrifft die generelle Bewertung der derzeitigen Umverteilungswelle, ihre Akteure und Profiteure. Dass es in

Deutschland ungerecht zugeht, meinen zwei Drittel der Befragten einer repräsentativen Umfrage vom Januar 2007. Bei Umfragen zum Bundestrend liegen wir derzeit sogar bei über 10 Prozent. Niemand kann heute sicher wissen, wie die Linke in zwei oder gar fünf Jahren aussehen wird. Aber jeder einzelne von uns kann seinen eigenen Teil dazu beitragen, dass in diesem Land tatsächlich eine linke Kraft mit Ausstrahlung

und Rückhalt entsteht. Je mehr Menschen sich in dieser Richtung einbringen, desto besser stehen die Chancen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass auch in Leipzig diese linke Kraft überall präsent ist und in der nächsten Zeit noch stärker wird.

Aus der Rede von Dr. Volker Külöw am 2. Juni auf der SDK. Die gesamte Rede kann unter www.linkspartei-leipzig.de nachgelesen werden

Eine starke linke Kraft

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte anregen, dass wir uns künftig als Genossinnen und Genossen ansprechen, denn wir sind mehr als nur Freunde.

Erinnern wir uns: Als die Bundesregierung aus Grünen und SPD 2002 wiedergewählt wurde, setzte diese den Sozialabbau beschleunigt mit einer Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen fort. Wie schwer hatten es damals Petra Pau und Gesine Lötsch im Bundestag! Das vierte Hartz-Gesetz der Koalition im Sommer 2004 brachte das Fass zum überlaufen und führte zu massenhaften Protesten im Rahmen der wiederbelebten Montagsdemos. Hier in Leipzig entstand aus diesen Protesten die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Vom Verein wurde der Weg zu einer Partei eröffnet, die 2005 erste Konturen annahm, um einen eigenen Wahlantritt bei den Bundestagswahlen im Jahre 2006 zu ermöglichen. Doch es kam anders: Der Bundeskanzler beschloss, dass er keine Lust mehr hatte und ließ sich das Misstrauen seiner Regierungsparteien aussprechen. Der Weg war frei für Neuwahlen schon 2005. Dies stellte sowohl PDS als auch WASG vor die Frage, ob sie allein oder gemeinsam zu diesen Wahlen antreten sollen. Die Vorbehalte waren aufgrund von Unterschieden in Mitgliedschaft, Geschichte und Programmatik in den beiden Parteien gegenüber der jeweils anderen sehr hoch. Andererseits war man sich des Risikos bewusst, durch einen Alleingang an der Fünf-Prozent-Hürde zu scheitern. Auch stellte sich die Frage nach den Perspektiven der bei-

den Parteien: die Linkspartei, der es bisher nicht gelungen war, im Westen bedeutend an Boden zu gewinnen, und die WASG, die im Osten deutlich schwächer aufgestellt war als im Westen. Und so gelangen letztlich die gemeinsamen Listenbildungen. Aus dem Erfolg bei der Bundestagswahl entwickelte sich der Wunsch nach mehr als nur einer Liste. Eine starke linke Kraft in der BRD zu schaffen wurde zum gemeinsamen Ziel von Mitgliedern der WASG und der Linkspartei. So entstanden ein Zeitplan zur Gründung einer linken Partei und Kooperationsabkommen zwischen WASG und Linkspartei. Diskussionen um Satzungsentwürfe und um programmatische Eckpunktepapiere folgten, die durchaus zeigten, dass die Mitglieder kritisch prüften, was ihnen vorgeschlagen wurde, und mit Anregungen und Änderungswünschen nicht geizten. Der Prozess zeigte aber auch, dass es richtig war, diesen Weg zu gehen. Schon allein deshalb ist die neue Partei nicht die Summe aus den Parteien des Jahres 2005.

Jetzt muss die neue Partei mit Leben erfüllt werden. Die Programmatik muss konkretisiert, politische Inhalte weiter entwickelt werden. Wir stehen erst am Anfang eines langen Weges.

Dieser führt auch nicht an einer Verbreiterung der Mitgliedsbasis vorbei. Uns ist es bisher leider noch nicht in ausreichendem Maße gelungen, Anknüpfung an soziale Bewegungen und Gewerkschaften zu finden. Auch müssen wir noch mehr Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten für die politischen Ziele und die Arbeit der neuen linken Partei begeistern. Wir dürfen uns nicht auf den

Vorschusslorbeeren ausruhen, die uns die Menschen mit der Wahl DER LINKEN in den Bundestag und in die Bremische Bürgerschaft gegeben haben. Die Aufbruchstimmung muss genutzt werden, um die gemeinsame Partei weiter zu entwickeln. Anstelle eines „weiter so“ haben wir auch künftig strukturell und inhaltlich Neuland zu erschließen. Das sind wir den Menschen hierzulande schuldig.

Denn diese Menschen sind es, die von uns eine Lösung auf die gesellschaftlichen Probleme erwarten und auch oft nur von uns erwarten können. So etwa schmückt sich die Große Koalition in Berlin mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Prosperität. Aus ihrer Sicht haben CDU, SPD und ihre Bündnisgrünen und Bündnisgelben von der FDP auch alles dafür getan. Ist doch in den vergangenen Jahren geradezu ein Schlaraffenland hier für das Kapital geschaffen worden. Einer Steuersenkung für Unternehmen und große Einkommen folgte die nächste. Finanziert aus den Mitteln, die durch Sozialkürzungen Dank des Sachverständigenhoch bezahlter Gutachter wie Hartz, Rürup und Co. unter den letzten Koalitionen in Berlin frei wurden. Damit nicht genug: die arbeitenden Menschen wurden mit weiteren Repressionen überzogen: Lockerung des Kündigungsschutzes, Schaffung von staatlich geförderten Niedriglohnsektoren, Einmischung in die Tarifaueinandersetzungen mit der Forderung nach Lohnzurückhaltung sind nur einige Stichworte. Besonders hart traf es die arbeitslosen Menschen: es ist reiner Zynismus der in Berlin Regierenden, was sie an Bedarfsätzen für das Leben, oder besser formuliert: für das blanke Überleben eines Menschen an Regelsätzen aufstellten. Hinzu kamen Instru-

mentarien wie Leistungskürzungen bei Verstößen gegen die staatlichen Regulierungen, der so genannte Ein-Euro-Job und Zwang zur Aufnahme jeglicher Arbeit. Die Verbesserung des Standortes Deutschland, sprich, die Verbesserung der Verwertungsbedingungen der Wirtschaft wurde zu dem obersten Ziel politischen Handelns durch die Große Koalition erklärt. Und als ob nicht schon genug Profit in den Kassen der Unternehmen bleiben würde, gab es erst vor kurzem mal wieder eine Steuersenkung für diese.

Wir, WASG und Linkspartei, sind die einzigen Parteien, die sich tatsächlich für die sozial Schwachen, für die Arbeitenden und vier Millionen Arbeitslosen hierzulande einsetzen und als DIE LINKE auch künftig einsetzen müssen. Weder von der CDU, noch von den so genannten Sozialdemokraten, noch von den Grünen und den Gelben, erst recht nicht von den Nazis haben diese Menschen Unterstützung! Unser politisches Wirken muss sich daher noch stärker als bisher auf die Wahrnehmung und Durchsetzung der Interessen dieser Menschen richten. Und zwar auf allen Ebenen: international, in Bund und Ländern, aber insbesondere auch vor Ort, in unserer Stadt, hier in Leipzig. Unser Kampf richtet sich auf soziale Gerechtigkeit. Dem steht eine Gesetz-

gebung nach Peter Hartz im Wege. Es gilt, auch in Leipzig die von den Koalitionären im Bund beabsichtigten Wirkungen solcher Regelungen systematisch auszuhöhlen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Menschen ohne Arbeit in unserer Stadt nicht ausgegrenzt werden. Und dazu gehört, dass diese Menschen Teilhabe erlangen an den sozialen und kulturellen Einrichtungen unserer Stadt. Und diese Menschen brauchen endlich ein Sozialticket der Verkehrsbetriebe. Und sie brauchen auch bezahlbaren und sozialen Wohnraum, und zwar nicht irgendwo und aus den attraktiven Stadtteilen verbannt. Sie brauchen Strom, Wärme und Wasser zu niedrigen Preisen. Wer Wohnungen und Stadtwerke als privater Investor oder private Investorin kauft, der hat kein Interesse an einem Preisniveau in Höhe der Selbstkosten. Der will mehr. Der will Profit. Der will Rendite. Diesen Antagonismus wird auch die Linke mit der besten Sozialcharta nicht auflösen. Daher war der Verkauf der Dresdner Wohnungsbau-Gesellschaft ein Schlag in das Gesicht der sozial Schwachen. In den Reihen der WASG hat das Vorgehen von Stadträten der Linkspartei in Dresden Fragen aufgeworfen, Zweifel an den gemeinsamen Zielen laut werden lassen, Befürchtungen um politische Glaubwürdigkeit genährt. Für die WASG ist klar: Die neue Partei darf sich nie an Privatisierungen beteiligen. Das ist der falsche Weg. Unsere Aufgabe ist vielmehr die Sicherung und Schaffung kommunalen Eigentums zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wenn Leipzigs Oberbürgermeister Jung die Privatisierung der Stadtwerke gemeinsam mit der CDU vorantreibt, so stellen wir uns dem offensiv entgegen. Daher: Ja zu einem Bürgerbegehren gegen den Verkauf unseres Eigentums. Und ein entschiedenes Nein zur Privatisierung weiterer kommunaler Unternehmen, wie etwa der LWB.

Gerade das Verteidigen kommunalen Eigentums ist Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Perspektive, den demokratischen Sozialismus. Die WASG wurde von vielen Genossinnen und Genossen der Linkspartei kritisch betrachtet, weil die Befürchtung bestand, die WASG wolle nichts vom Ziel des demokratischen Sozialismus wissen. Die WASG ist jedoch kein monolithischer

Block. Ich kann Euch versichern, dass viele unter den WASG-Mitgliedern den Kapitalismus nicht als das Ende der Geschichte sehen. Auch ich persönlich trete für die Überwindung der gegenwärtigen Gesellschaftsformation ein, für direkte Demokratie, die tatsächliche Verwirklichung der Menschen- und Freiheitsrechte und für die vollständige Demokratisierung der Produktion mit vergesellschaftetem Eigentum an den Produktionsmitteln. Dass es über diese Fragen unterschiedlichste Meinungen und Standpunkte in WASG und Linkspartei gibt, ist nicht eine Schwäche, sondern gerade hierin liegt unsere Stärke.

Wir müssen versuchen, das bestehende gesellschaftliche Klima nicht nur wahrzunehmen, sondern es zu verändern, es selbst zu bestimmen. Dazu gehört es, den Anspruch auf gesellschaftliche Gestaltung unter linken Grundlagen und Perspektiven zu hegen und umzusetzen. Dies bedeutet gerade nicht, sich den herrschenden Verhältnissen anzupassen und sich von den eigenen Vorstellungen zu entfremden, sondern konsequent und offensiv Politik zu gestalten.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie jeden Tag unsere Rechte ein Stück mehr beschnitten werden. Heute demonstrieren in Rostock hunderttausend Menschen gegen die G8, darunter viele unserer Mitglieder. Die Regierungen der 8 mächtigsten Industrienationen, die sich zur Gruppe der 8 zusammengefunden haben, stehen aber nur als Synonym für die weltweite Durchsetzung bester Verwertungsbedingungen für die Wirtschaft, für soziale Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung, für Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der Dritten Welt, für die Aushöhlung der Menschenrechte und Demokratie, für Intoleranz, Nationalismus und Krieg. Der Stacheldrahtzaun, Versammlungsverbot, Polizei- und Militärpräsenz manifestieren die Politik der G8. Die linken Kräfte stellen sich quer. Sowohl WASG, als auch Linkspartei sind dabei. Aber auch wenn das Treffen in Heiligendamm beendet ist, lasst uns den Kampf für globale soziale Gerechtigkeit, Demokratie, für Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit, ja für alle Menschenrechte fortsetzen, überall und zu jeder Zeit.

Beschluss

der 6. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz der Linkspartei.PDS Leipzig

Die Satzung der Linkspartei.PDS wird im Punkt IV. (Die Stadtdelegiertenkonferenz) wie folgt geändert: unter dem Punkt IV. Abs. 1. Punkt 3 wird nach "Für die Wahl der Delegierten zur Stadtdelegiertenkonferenz ist durch den Stadtvorstand ein Delegiertenschlüssel zu beschließen, der eine repräsentative Vertretung der Mitglieder aus Organisationen der Basis und der Zusammenschlüsse gewährleistet." ergänzt: "Die Delegierten der territorialen Basisorganisationen werden in Gesamtmitgliederversammlungen eines Stadtbezirkes gewählt."

Viele junge Menschen engagieren sich für diese andere, sozial gerechte Welt. Wir müssen sie dabei unterstützen. Und wir müssen sie für die Mitarbeit in einer gemeinsamen linken Partei gewinnen. Die Kinder- und Jugendarbeit muss gestärkt werden. Wir sollten uns den kreativen Ideen, Gedanken und Vorstellungen junger Menschen noch mehr öffnen. Ihre Probleme dürfen nicht ohne Lösung bleiben. Unser politisches Wirken soll sich weiter und noch intensiver für die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten und Bildungswege, einer kostenfreien Bildung und freiem, selbst bestimmtem Lernen, für die Schaffung und den Ausbau der öffentlichen Freizeitangebote, sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen in der Stadt, für die Emanzipation junger Menschen insgesamt einsetzen. Aber auch in der neuen Partei müssen wir sowohl strukturell als auch inhaltlich die Wirkungsmöglichkeiten für Jugendliche erhöhen. Jugendgruppen müssen für Nicht-Mitglieder noch stärker

ansprechbar sein. Ihnen muss Raum für eigene Entfaltung und Emanzipation gegeben werden. Als Ort eigenen Wirkens insbesondere für junge Menschen wurden gestern die Kellerräume des Liebknecht-Hauses übergeben. Dies ist ein wichtiger Schritt. Kritisches Denken junger Menschen, insbesondere auch gegenüber Zielen und Inhalten der neuen Partei, muss möglich sein und gefördert werden. So können wir von ihren Diskussionen selbst uns weiter entwickeln. Übrigens ist Jugend- und Nachwuchsarbeit nicht nur Aufgabe von Jugendlichen. Der Schatz unserer Parteien sind auch die Seniorinnen und Senioren. Sie sind MultiplikatorenInnen in ihren Familien und in der Gesellschaft. Lasst uns auch dieses Potential nutzen. Halten wir fest: Der Weg der neuen Partei kann nur lauten „Chancen wahrnehmen, Partei weiter entwickeln, erweitern und dynamisieren“. Die neue Partei muss als Organisation Anziehungskraft für die Menschen haben. Sie muss

inhaltlich gestärkt, ihre Ausstrahlung entscheidend verbessert werden. Es ist eine Hauptaufgabe, die Mitgliederentwicklung zu stabilisieren und neue Mitglieder, insbesondere der jüngeren Generationen, zu gewinnen. Die Partei muss sich Defiziten offen stellen, diese ermitteln und beheben.

Wir haben eine historische Chance zu einer starken linken Kraft. Der Einzug in den Bundestag war für die noch herrschenden Parteien ein erster Schock, Bremen der Deichbruch. DIE LINKE ist nicht mehr aufzuhalten. Gehen wir unsere eigenen Defizite offensiv an. Durchströmen wir das Land mit unseren Forderungen! Formen wir mit unserer Kraft eine sozial gerechte Gesellschaft. Erringen wir die gesellschaftliche Dominanz auch hier in Leipzig! Lasst es uns anpacken! Lasst uns den Weg beschreiten! Jetzt oder nie!

Aus der Rede von Jochen Beißert auf der Stadtdelegiertenkonferenz am 2. Juni 2007. Diese kann komplett unter www.linksparthei-leipzig.de nachgelesen werden.

Wahlergebnisse der 6. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz

Jugendliste weiblich

Alinda Hammerfall	46 = 48,9 %
Anja Pellmann	72 = 76,6 %
Jana Weißfuß	57 = 60,6 %

Gewählt wurden Anja Pellmann und Jana Weißfuß.

Jugendliste allgemein

Martin Bertram	42 = 47,7 %
Thomas Dudzak	50 = 56,8 %
Alinda Hammerfall	21 = 23,9 %
Gregor Henker	32 = 36,4 %
Simon Zeise	28 = 31,8 %

Gewählt wurden Martin Bertram und Thomas Dudzak.

WASG weiblich

Sophie Dieckmann	83 = 88,3 %
Bettina Gerloff	77 = 81,9 %
Jenny Gullnick	90 = 95,7 %
Sylvia Höhne	79 = 84,0 %

Gewählt wurden Sophie Dieckmann, Bettina Gerloff, Jenny Gullnick und Sylvia Höhne.

WASG allgemein

Jochen Beißert	79 = 84,0 %
Jürgen Froberg	32 = 34,0 %
Andreas Kermer	72 = 76,6 %
Rene Nitschke	13 = 13,8 %
Ralf Stautenberg	64 = 68,1 %

Gewählt wurden Jochen Beißert, Andreas Kermer und Ralf Stautenberg.

Frauenliste

Steffi Deutschmann	77 = 82,8 %
Elke Gladytz	81 = 87,1 %
Stefanie Götze	73 = 78,5 %
Alinda Hammerfall	49 = 52,7 %
Margitta Hollick	83 = 89,3 %
Barbara Höll	76 = 81,7 %
Ilse Lauter	81 = 87,1 %
Juliane Nagel	55 = 59,1 %
Heike Werner	70 = 75,8 %

Gewählt wurden Steffi Deutschmann, Elke Gladytz, Stefanie Götze, Margitta Hollick, Barbara Höll, Ilse Lauter, Juliane Nagel und Heike Werner.

allgemeine Liste

Keith Barlow	48 = 52,2 %
Ralf Fiebelkorn	32 = 34,8 %
Marko Forberger	34 = 36,9 %
Marco Götze	51 = 55,4 %
Ulf-Peter Graslaub	14 = 15,2 %
Reinhard Grützner	44 = 47,8 %
Alinda Hammerfall	19 = 20,7 %
Stefan Hartmann	35 = 38,0 %
Gregor Henker	15 = 16,3 %
Boris Krumnow	25 = 27,2 %
Volker Külow	76 = 82,6 %
Michael-A. Lauter	60 = 65,2 %
Dietmar Pellmann	75 = 81,5 %
Sören Pellmann	74 = 80,4 %
Siegfried Schlegel	51 = 55,4 %
Andreas W. [REDACTED]	12 = 13,0 %
Simon Zeise	13 = 14,1 %

Gewählt wurden Keith Barlow, Marco Götze, Reinhard Grützner, Volker Külow, Michael-Alexander Lauter, Dietmar Pellmann, Sören Pellmann und Siegfried Schlegel.

Protokolle

Die Wahlprotokolle der AG/IG/PF und der stadtübergreifenden BO für den 1. Stadtparteitag mögen bitte bis zum 17. August 2007 im Liebknecht-Haus abgegeben werden.



Karlsbar

Am 1. Juni wurde die Karlsbar, die ehemaligen Kellerräume des Liebknecht-Hauses, offiziell eingeweiht. An dieser Stelle sei allen Spenderinnen und Spendern, sowohl für die Geld, als auch für die zahlreichen Sachspenden gedankt.

Sören Pellmann

Glückwunsch Keith zum 50.

Die Redaktion des Mitteilungsblattes gratuliert unserem Genossen Keith Barlow auf diesem Wege herzlich zu seinem 50. Geburtstag.

Demokratisch und sozial statt neoliberal

Aktionstag der Linkspartei in Leipzig zur Konferenz
der EU-Minister für Stadtentwicklung

Am 24. und 25. Mai tagten auf Einladung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die EU-Minister für Stadtentwicklung im Bundesverwaltungsgericht in Leipzig und verabschiedeten unter anderem eine „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“.

Aus diesem Anlass wurden verschiedene Aktivitäten organisiert. Unter Federführung von attac-Leipzig wurde gemeinsam mit attac-campus-Leipzig, L21, Leipziger Kamera. Initiative gegen Überwachung sowie den Stadtverbänden von Linkspartei und WASG eine Leipziger Erklärung „Nachhaltig und sozial statt neoliberal – für echte Alternativen in der Stadtentwicklung“ erarbeitet.

Am Vorabend der Konferenz fand eine friedliche Demonstration statt, auf der die Verkäufe der Unternehmen öffentlicher Daseinsvorsorge sowie die Privatisierung der öffentlichen Räume und deren zunehmende Totalüberwachung angeprangert wurden. Die Linkspartei führte am Montag, dem 21. Mai einen Aktionstag durch. Höhepunkt des Tages war das öffentliche Bürgerforum unter der Überschrift „Demokratisch und sozial statt neoliberal - Leipzig-Charta der EU-Bauminister“.

Nach der Begrüßung durch Siegfried Schlegel referierte die Bundestagsabgeordnete Heidrun Blum über die Herausforderungen einer nachhaltigen sozialen und demokratischen Entwicklung in den Städten der BRD aus linker Sicht. Prof. Sebastian Müller (Dortmund, Koordinator beim Forum für Umwelt und Entwicklung, AG Habitat, INURA Rheinruhr (thematisierte Bürgerdemokratie und Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung im europäischen Maßstab. Dr. Barbara Höll be-

leuchtete Positionen der Leipziger LINKEN in der europäischen Stadtentwicklung und berichtete über Vorhaben der Stadterneuerung, über soziale und kulturelle Projekte sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen in klein- und mittelständigen Unternehmen oder zur Ausländerintegration in Leipzig, die mit EU-Förderung realisiert wurden.

Dem Stadtvorstand gebührt Dank für die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung des Forums am 21. Mai, ebenso den MitarbeiterInnen der Fraktionsgeschäftsstelle, die den Aktionstag der wohnungspolitischen Sprecher der Linkspartei aus Bundestag, Landtagen und Leipziger Stadtrat organisatorisch unterstützten. Am Vormittag führten die wohnungspolitischen Sprecher der Linkspartei.PDS im Leipziger Rathaus eine turnusmäßige Beratung durch. Dabei verabschiedeten sie einen Aufruf zur Neugründung von Arbeitsgemeinschaften zum Thema „Wohnen und Stadtentwicklung“ auf Bundesebene und in den Ländern sowie ein eigenes Positionspapier zur „Leipzig-Charta“, das an die Presse übermittelt wurde.

Danach besteht die große Aufgabe der Stadtumbaupolitik darin, den sozialen Zusammenhalt in den Europäischen Metropolen zu stärken und wirksame Maßnahmen gegen Ausgrenzung mit den Folgen, wie steigende Kriminalität, Gewalt und Perspektivlosigkeit, auf den Weg zu bringen, da der Reichtum vieler westeuropäischer Metropolen diese nicht vor sozialen Spannungen schützt. Paris, London und Hamburg sind Beispiele dafür, wie dicht Wohlstand und Armut beieinander sind. „Von den Fach-

ministern der Mitgliedsstaaten der EU darf man mehr erwarten, als einen Problemaufriss und unverbindliche Leitlinien. Die Lösung großer Aufgaben erfordert große und mutige Entscheidungen. Diese sind in der Leipzig Charta nicht erkennbar.“ Es bedarf dringend verbindlicher Leitlinien und Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Stadtverkehr, für energiesparendes Bauen, für einen ökologischen und sozial ausgewogenen Stadtbau, an denen sich die EU-Mitgliedsstaaten zu orientieren haben. Europäische Förderprogramme müssen unbürokratische Lösungsansätze für die hier aufgezeigten Probleme bieten.

Die linken Wohnungspolitiker fordern deshalb, durch klare Kriterien für alle Schluss zu machen mit dem undurchschaubaren Förder-Dschungel und bessere Chancen für die Städte zu bieten, die das Geld tatsächlich brauchen. Die geforderte „integrative und partizipative Stadtentwicklung“ muss konsequenter umgesetzt werden, so dass Bürgerinnen und Bürger ein tatsächliches Mitspracherecht haben und durch ihre Mehrheitsentscheidungen vor Ort Konzepte und konkrete Maßnahmen durchsetzen können.

Eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Das Wohnen muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar sein. Dazu gehört ein sozial ausgewogenes Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten und ein regelmäßig angepasstes Wohngeld. Das Grundrecht auf Wohnen gehört zumindest als Staatsziel in das Grundgesetz. Statt Verkauf der Einrichtungen und Unternehmen der kommunalen Daseinsfürsorge fordert DIE LINKE, diese für eine menschliche und nachhaltige Stadtentwicklung zu nutzen, die Privatisierung lebenswichtiger kommunaler Ein-

richtungen zu stoppen und Kinder-, Bildungs- und Kulturstätten in öffentlicher Trägerschaft auszubauen sowie den nicht-gewinnorientierten Wohnungsbau zu fördern.

Am Nachmittag konnten sich die Wohnungspolitiker auf einer Rundfahrt ein Bild davon machen, wie in Leipzig die EU-Förderprogramme, so URBAN II in Plagwitz und Lindenau oder EFRE im

Osten genutzt worden sind, wie Stadtumbau in Grünau praktiziert wurde oder wie LWB-Wohnanlagen in der Straße des 18. Oktober und im Duncker-Viertel in Lindenau unter Berücksichtigung demografischer und sozialer Herausforderungen saniert wurden. Informiert wurde auch zur Umgestaltung des Areals der Alten Messe zu einem neuen innerstädtischen Zentrum und

zu Ergebnissen der Olympiaplanungen in der Jahnallee oder im Sportforum. Die aktive Mitwirkung der LWB an der Exkursion sowie ein Gespräch mit dem Amtsleiter des ASW sind Ausdruck der hohen Wertschätzung, die unserer Stadtratsfraktion auf den Gebieten Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung entgegengebracht wird.

Siegfried Schlegel

Anfrage der Linksfraktion.PDS an den Oberbürgermeister zur Ratsversammlung am 20. Juni 2007 – Nutzung des Hauses Leipzig durch die NPD

In der LVZ vom 31. Mai 2007 war zu lesen, dass die NPD das Haus Leipzig in der Elsterstraße als Tagungsstätte nutzt. Wir sind darüber sehr beunruhigt und haben in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Welche Erkenntnis hat die Stadtverwaltung zu den Vorgängen im Haus Leipzig? Welche Rolle spielt dabei die „ABC-GmbH“?

2. Besteht die Möglichkeit, das Gebäude

de wieder zurück zu nehmen (Rückfallregelung)?

Wenn ja: Welche Position nimmt die Stadt dazu ein? Warum wurde bisher nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht?

3. Inwiefern sind die traditionell ansässigen Vereine in ihrer Nutzung des Gebäudes durch das Agieren der NPD beeinträchtigt?

Halluzination im Privatisierungsrausch – zum Artikel "Verkehrsbetrieben droht Wettbewerb" in der LVZ vom 31. Mai 2007

Die Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Achminow zur Zukunft des Leipziger Nahverkehrs zeugen von erschreckender Unkenntnis der Sachlage. Oder sie wurden wider besseren Wissen getroffen, von Gewissen ganz zu schweigen.

Denn genau das Gegenteil seiner Behauptungen ist richtig:

Vor wenigen Tagen hat das Europaparlament mit Zustimmung der EU-Kommission beschlossen, dass Städte ihre Verkehrsleistungen künftig direkt an ein eigenes Unternehmen vergeben können. In 12 Jahren wird diese neue Verordnung vollständig gelten.

Herr Achminow sieht dagegen die komplette Liberalisierung im Nahverkehr einschließlich Ausschreibungszwang. Die „eindeutigen Signale“, die Herr Achminow dazu von der EU-Kommission wahrnimmt, sind wohl eher eine Halluzination im Privatisierungsrausch. Darüber hinaus ist von einer laut Achminow „geplanten“ Teilprivatisierung der LVB bisher überhaupt nicht die Rede. Vielmehr will ja gerade die CDU die gesamte Stadtholding LVV Teilprivatisieren.

Wenn dieses unsinnige Vorhaben im Stadtrat eine Mehrheit findet, wäre allerdings zum einen der öffentliche Per-

sonennahverkehr ausschreibungspflichtig. Herr Achminow will glauben machen, dass dann die Fahrpreise für Bus und Bahn sinken. Und das, wenn sie künftig von einem Großkonzern in London oder Paris festgelegt werden? Es wäre aber dann auch – und das verschweigt Herr Achminow – die Wasserversorgung in Leipzig ausschreibungspflichtig. Damit hängen die Leipziger Wasserpreise womöglich von Pensionsfonds in Kalifornien ab. Hier sollte er den Leipzigern reinen Wein einschenken und klarmachen, was die Folgen seiner Privatisierungsorgie sind. Er behauptete ja erst kürzlich, vor dem Votum der Leipziger sei ihm nicht bange. Doch jedem Rausch folgt ein Kater. Nur dass der Katzenjammer nicht die vereinigten Privatisierer aller Länder trifft, sondern die Leipziger Bürgerschaft.

Dr. Ilse Lauter

Trotz der Verbesserung gibt es nach wie vor hohe Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit in Leipzig sank auch im Mai – diesmal um ca. 700 auf 43.155 Betroffene. Das sind rund 8000 weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Schaut man sich die Zahlen genauer an wird deutlich, dass sie fast genau dem Arbeitslosenniveau vom Mai 1998 entsprechen. Seinerzeit führte das zu heftigen Protesten gegen

Kanzler Kohl.

Die aktuelle Arbeitslosenquote für Leipzig liegt bei 17,1 Prozent, das damit nach wie vor weit hinter Dresden und auch Chemnitz liegt.

Während sich Bürgermeister Albrecht bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze gern feiern lässt, geht er auf Tauchstation, wenn, wie jetzt bei Telekom und

Quelle, Hunderte Familien ihres gesicherten Lebensunterhaltes verlustig gehen. Er ist mit seinem Amtseid verpflichtet, Schaden von den Bürgern Leipzigs abzuwenden – wir fordern Herrn Albrecht daher auf, sein politisches Gewicht zu Gunsten der betroffenen Mitarbeiter in die Waagschale zu werfen, um gegenüber der Landes- und Bundespolitik auf einen Stopp der Abbaupläne zu drängen.

Wolfgang Denecke

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 4. Dienstag, (thematische Veranstaltung), 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagisträle, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Mi., 20. Juni 2007 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: »Vertreibung« versus »Umsiedlung« – Wahrnehmungsstörungen und Wahrnehmungstransformationen. Mit Prof. Dr. Peter Porsch, MdL, Vorsitzender der Fraktion DIE Linkepartei.PDS im Sächsischen Landtag. RLS.

Mi., 20. Juni 2007 - 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung des Stadtbezirkes West zur Wahl der Delegierten für den 1. Stadtparteitag DER LINKEN, JFZ "Völkerfreundschaft", Stuttgarter Allee 9.

Mo., 25. Juni 2007 - 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung des Stadtbezirkes Leipzig-Nordwest zur Wahl der Delegierten für den 1. Stadtparteitag DER LINKEN, Klub der Volkssolidarität, Horst-Heilmann-Straße 4.

Di., 26. Juni 2007 - 10:00 Uhr

Sprechstunde der Fraktionsvorsitzenden Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 186.

Di., 26. Juni 2007 - 18:00 Uhr

Podiumsdiskussion: Projekt zur historisch-kritischen Aufarbeitung der DDR-Philosophie. Mit Prof. Dr. Reinhard Mocek, Halle, Prof. Dr. Hans-Christoph Rauh, Berlin. Moderation: Prof. Dr. Hans Martin Gerlach, Leipzig, RLS.

Di., 26. Juni 2007 - 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung des Stadtbezirkes Süd-West zur Wahl der Delegierten für den 1. Stadtparteitag DER LINKEN, Klub der Volkssolidarität, Karl-Heine-Straße 41.

Di., 26. Juni 2007 - 18:00 Uhr

Die Bunten: Der deutsche Schlager im Spiegel der gesellschaftlichen Entwicklung - Teil II: die 70er und 80er Jahre, LHL.

Mi., 27. Juni 2007 - 17:30 Uhr

Mitgliederversammlung des Stadtbezirkes Leipzig-Süd zur Wahl der Delegierten für den 1. Stadtparteitag DER LINKEN, 3. Grundschule, Bernhard-Göring-Straße 107.

Mi., 27. Juni 2007 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Sind die Modelle friedlicher Konfliktlösung gescheitert? Mit Dr. Jürgen Kunze, Afrikanist, Soziologe, Vorsitzender der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

Do., 28. Juni 2007 - 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung des Stadtbezirkes Mitte zur Wahl der Delegierten für den 1. Stadtparteitag DER LINKEN, Volkshochschule, Löhrrstraße 3 - 7.

Fr., 29. Juni 2007 - 18:00 Uhr

„Rezitieren & Korrigieren“ Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratschlag (In dieser Veranstaltung kann mit der Regisseurin und Schauspielerin Luise Wilsdorf gutes Text-Sprechen von Jung und Alt geübt werden...), AG LISA, LHL.

Mo., 2. Juli 2007 - 18:30 Uhr

Mitgliederversammlung des Stadtbezirkes Süd-Ost zur Wahl der Delegierten für den 1. Stadtparteitag DER LINKEN, Canapee, Holzhäuser Ecke Schönbachstraße.

Di., 3. Juli 2007 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Soziale Fragen der Stadtentwicklung in Leipzig mit Dr. Lothar Tippach, LHL.

Do., 5. Juli 2007 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: zur gemeinsamen Arbeit im Vereinigungsprozess/150. Jahrestag von Clara Zetkin. Zu Gast: Wolfgang Teske (vormalige WASG). LHL.

Do., 5. Juli 2007 - 18:00 Uhr

Lesung: Zeitgenossen und Persönlichkeiten über Clara Zetkin. Veranstalter: Louise-Otto-Peters-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek Leipzig, unterstützt von Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen u. a., Stadtbibliothek, W.-Leuschner-Platz 10.

Mo., 9. Juli - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Cornelia Falken, Bürgerbüro Georg-Schumann-Str. 112.

Di., 10. Juli 2007 - 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung des Stadtbezirkes Ost zur Wahl der Delegierten für den 1. Stadtparteitag DER LINKEN, Hans-Christian-Andersen-Schule, Louis-Fürnberg-Straße 2.

Do., 12. Juli 2007 - 15:00 Uhr

Sprechstunde der Stadträtinnen Anne Draheim und Carola Lange, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Sa., 21. Juli 2007 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: Eine unbequeme Wahrheit. Der Eintritt ist frei. LHL.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18

homepage: <http://www.linksparterie-leipzig.de>, email: vorstand@linksparterie-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 7/2007 ist Donnerstag, 5. Juli 2007. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.